

E 18

Antragsteller: Jusos Main-Kinzig

Mobilität ist Grundrecht! - Kostenloser ÖPNV für SchülerInnen

Forderung:

Wir fordern die Einführung eines vollständig steuerfinanzierten, in allen vom Schulweg berührten Tarifgebieten und während des ganzen Schuljahres (also vom ersten Schultag nach den Sommerferien bis zum letzten Schultag vor den nächsten Schulferien) gültigen, ÖPNV Angebots für alle hessischen SchülerInnen.

Begründung:

Das Grundrecht auf Mobilität und die Wahrung des selbigen ist ein fester Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in unserer Gesellschaft.

Bildung muss vollständig öffentlich finanziert sein, dieses ist -wie an der regen Beteiligung der Menschen an der Verfassungsklage gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren in Hessen zu sehen war- gesellschaftlicher Konsens.

Genauso selbstverständlich sollte es aber auch sein das der Weg zu den Bildungseinrichtungen aus öffentlicher Hand finanziert wird.

In Hessen besuchen rund 900.000 SchülerInnen öffentliche Bildungseinrichtungen (Schuljahr 2006/2007), nimmt man einen monatlichen Satz von 50€ pro Schüler an (wie er beispielsweise für das Pendeln zwischen Hanau und Maintal anfällt), erhält man 517.500.000€ im Jahr.

Der politische Wille muss da sein, dann ist die Finanzierung ein leichtes
Bei einer Besteuerung von Vermögen oberhalb von 500.000€ mit 1% wären Bundesweit allein im Jahr 2003 15,9 Milliarden Euro zusammengekommen. Aufgeteilt nach Wohnorten von denjenigen die von einer solchen Steuer betroffen wären hätte dies für Hessen etwa 1,2 Mrd. bedeutet.

Diese Zahlen zeigen ganz eindeutig:

Wer den politischen Willen hat die vermögenden in die Pflicht zu nehmen einen angemessenen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten kann nicht nur den kostenfreien ÖPNV für SchülerInnen und StudentInnen realisieren sondern auch größere Handlungsspielräume zum gestalten sozialer, gerechter und moderner Politik ermöglichen.